



HESSISCHER LANDTAG

27. 12. 2010

Kleine Anfrage

der Abg. Wissler und Schaus (DIE LINKE) vom 10.11.2010

betreffend "Projekt Gargano 22"

und

Antwort

des Ministers des Innern und für Sport

Vorbemerkung der Fragesteller:

Ein "Projekt Gargano 22" mit Sitz in Ober-Ramstadt möchte nach eigener Darstellung "eine Jubiläumswallfahrt im Jahre 2022 zum Monte Gargano" durchführen und "an der grundlegenden Erneuerung Deutschlands im Geschichtsbewusstsein, sowie in politischer und religiöser Hinsicht mitwirken".

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die politischen Zielsetzungen dieses Projektes?

Der Landesregierung liegen die offen zugänglichen Erkenntnisse zur Zielsetzung des Projekts "Gargano 22" vor. Hiernach möchte das Projekt "Gargano 22" "aktiv an der grundlegenden Erneuerung Deutschlands im Geschichtsbewusstsein, sowie in politischer und religiöser Hinsicht mitwirken". Über diese Beschreibung hinaus sind politische Ziele nicht erkennbar.

Frage 2. Welche Organisationen und Personen stecken hinter diesem Projekt?

Zum Initiator des Projekts hat die Landesregierung keine Erkenntnisse. Aus dem Impressum der Internetseite www.gargano22.info ist ein Verantwortlicher im Sinne des Presserechts zu entnehmen. Es handelt sich hierbei um eine Einzelperson mit Wohnsitz in Hessen.

Frage 3. Wie bewertet sie die Tatsache, dass unter den Unterstützern dieses Projekts zahlreiche Rechtsextremisten sind?

Das Projekt "Gargano 22" wirbt offen um Unterstützer. Soweit erkennbar, kann sich augenscheinlich jedermann auf die Unterstützerliste setzen. Dass sich auf der veröffentlichten Unterstützerliste möglicherweise auch Rechtsextremisten befinden, ist nicht auszuschließen, kann aber auch nicht weiter verifiziert werden, da lediglich "Name" und "Ort" anzugeben sind. In den offen zugänglichen Zielsetzungen des Projekts sind keine Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen erkennbar.

Frage 4. In welchen kirchlichen und anderen Zusammenhängen sind Aktivitäten dieser Gruppe festgestellt worden?

Hierzu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Wiesbaden, 15. Dezember 2010

Boris Rhein